



Pressemitteilung von Guinée Solidaire:

Hamburg 13.04.21

Ebola ist im Land Guinea zurück. Die Corona-Zahlen steigen. Die menschenrechtliche Lage ist weiter katastrophal -

Warum will die Landesregierung in NRW um jeden Preis abschieben?

Vom Oktober 2020 bis März 2021 hielt sich wiederholt eine Kommission aus Guinea im Bundesland Nordrhein-Westfalen auf. Sinn und Zweck dieser Delegation, welche ihre Befragungen in der ZAB Essen durchführte, war es, im Auftrag Deutscher Behörden, Geflüchteten die angegeben haben aus Guinea zu stammen, zu identifizieren und ihnen Passersatzpapiere auszustellen. Somit können die deutschen Behörden im Anschluss die Abschiebungen ohne Probleme einleiten. Abschiebungen in ein Land mit desolater Menschenrechtsslage, steigenden Corona-Zahlen und neuen Ebola-Ausbrüchen.

Wir fordern die Landesregierung NRW auf, ab sofort auf die zwangsweise durchgesetzten Vorführungen und auf jegliche Art von Beteiligung an Abschiebeflügen nach Guinea zu verzichten.

### Hintergrund:

In den Vorladungen zu den Vorführungen heißt es, dass es sich bei der Delegation um "Botschaftsangehörige" bzw. um eine „Expertenkommission“ handelt. Allerdings ist die Legitimation dieser äußerst fragwürdig, da sie direkt aus Guinea anreist - die Flüchtlinge werden also unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einbestellt. Dazu kommt, dass die Mitglieder der Delegation wahrscheinlich eine "pro Kopf" Bezahlung für jedes ausgestellte Passersatzpapier bekommen, zusätzlich zu Kost und Logie und Kostenübernahme ihrer höchstpersönlichen Freizeitaktivitäten. Die Expertenkommission hat nach hiesigem Kenntnisstand keinerlei Ausbildung, um anhand von Spracheigenarten die Herkunft der Geflüchteten aus Guinea zu bestimmen. Es ist außerdem insgesamt zweifelhaft, ob die vorgenommene Identifikation rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.

Bereits am 3.1.2006 urteilte das Verwaltungsgericht Bremen in einer leider erst nachträglich ergangenen Entscheidung bezüglich einer solchen Vorführung, dass der „Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes eines Flüchtlings „ohne Eintritt des erledigten Ereignisses voraussichtlich erfolgreich gewesen wäre.

Weiterhin zog es die Rechtmäßigkeit einer „Anordnung des Erscheinens vor Vertretern des Heimatstaates außerhalb einer Auslandsvertretung, d.h. außerhalb einer Botschaft oder eines

Konsulats“ in Zweifel. Es sei „ungeklärt geblieben, welchen Personen der Antragsteller hier vorgestellt werden sollte, und ob und inwieweit es sich hier um autorisierte Vertreter des Staates Guinea handelte.“ (AZ 4 V 2731/05)

Hinzu kommt, dass, entgegen der Aussage der jetzigen guineischen Regierung, Guinea kein „sicheres Land“ ist und somit ‚eine Gefährdung‘ für dorthin abgeschobene Flüchtlinge ist und bleibt.

Es gibt in Guinea nicht nur „gravierende Defizite“ bei der „Menschenrechtslage“. Auch ist nicht nur der Demokratisierungsprozess seit Jahren rückschrittig, es mangelt außerdem massiv an der Unabhängigkeit der Justiz. Straflosigkeit für Menschenrechtsübergriffe staatlicher Stellen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Behinderungen der Oppositionsparteien und ‚Unterdrückung der Pressefreiheit sind an der Tagesordnung.

Berichte über willkürliche Übergriffe gegen Zivilisten und Demonstrationen, ethnische Auseinandersetzungen oder exzessive Gewaltanwendung von Sicherheitskräften sind alarmierend.

Präsident Condé, der die Verfassung am 22.03.20 änderte, um sich somit an der Macht zu verewigen, foltert, unterjocht seit Oktober 2019 Mitglieder der Zivilgesellschaft des bestehenden Bündnis FNDC.

Laut Berichten von Amnesty International oder OGDH (eine international anerkannte guineische Menschenrechtsorganisation) sind seit Oktober 2020 mehr als 50 Menschen während Protesten gegen die Verfassungsänderung ermordet worden. Mehr als 300 Oppositionspolitiker sitzen seitdem im Gefängnis.

Zudem sind seit Anfang des Jahres 4 politische Gefangenen aufgrund der menschenunwürdigen Zustände in den Gefängnissen und wegen Folterungen gestorben.

Trotz unserer Appelle zur Rücksichtnahme angesichts der desolaten Lage in dem Land Guinea, ist bis jetzt kein Einlenken der NRW-Regierung zu erkennen.

Offenbar wird von der NRW- Landesregierung massiv Druck auf die Ausländerbehörden ausgeübt, indem sie einen strengeren Abschiebungskurs Richtung Guinea anordnet.

Nun ist auch noch Ebola in das Land zurückgekehrt. Nach mehreren bestätigten Ebola-Fällen spricht die Gesundheitsbehörde des Landes bereits von einer "Epidemie. Es gebe bereits mehr als sieben bestätigte Fälle, davon endeten schon drei tödlich. Das Virus breitet sich weiter aus. Bei dem schweren Ebola-Ausbruch in Guinea bis zum Jahr 2016 waren rund 2500 Menschen an der Viruskrankheit gestorben. Der Gesundheitsminister erklärte, er sei sehr besorgt. Ein Heilmittel oder eine Impfung gibt es zu dem nicht.

Ungeachtet dessen fährt die NRW-Landesregierung mit ihrem Abschiebungskurs fort und lässt weiter Menschen in den Schulen, am Arbeitsplatz oder auch in Unterkünften verhaften, damit diese eventuell am 20.04.21 abgeschoben werden.

Dass die „Vorfürhungen“ bei der Delegation, die damit zum Teil einhergehende Polizeigewalt und die dort ausgestellten Papiere rechtlich höchst fragwürdig sind und Sie mit Ihrer öffentlich erklärten Unterstützung der Delegation ein diktatorisches Regime legitimieren, das sich massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig macht, wird von der Landesregierung überhaupt nicht problematisiert.

Es werden sogar Menschen mit Behinderung oder Geduldete, die an sehr schweren Depressionen leiden vorgeführt und abgeschoben. Einer davon ist Amadou Tidiane Diallo, der seit Wochen in Abschiebehäft sitzt und laut unseren Recherchen sehr krank ist, soll laut Angaben der inhaftierten in Büren versucht haben, seine Zelle in Brand zu setzen. Die Menschen aus Guinea, die aktuell in Abschiebehäft in Büren sitzen, bezeichnen die Haft und das Gefängnis als einen Ort der Folter und der Diskriminierung.

Der Innenminister will offensichtlich eine noch härtere Abschiebungspolitik durchziehen und schwört seinen Apparat gegen die von der Zivilgesellschaft und engagierten Kommunal Politikerinnen gelebte Humanität ein".

Dem müsse daher entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden.

Hinzu kommt, dass viele Geflüchteten, die von der zwangsweisen Vorführung betroffen sind, derzeit eine Ausbildung absolvieren oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben. Manche unter ihnen haben sogar ihre Identität im Zuge des neuen Migrationsgesetzes bereits geklärt.

Daher fragen wir uns nach Sinn und Zweck der zwangsweisen Vorführung dieser Menschen. Der Innenminister will offensichtlich eine noch härtere Abschiebungspolitik durchziehen und schwört seinen Apparat gegen die von der Zivilgesellschaft und engagierten Kommunal Politikerinnen gelebte Humanität ein".

Dem müsse daher entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden.

Wir protestieren gegen die Einladung der Delegation aus Guinea durch das Bundesland NRW, und fordern die Landesregierung auf, die Praxis solcher Vorfürhungen sofort zu beenden. Auch die Abschiebungen nach Guinea müssen sofort gestoppt werden.

Wir fordern eine von Stichtagen und Schulnoten unabhängige Bleiberechtsregelung nach humanitären Gesichtspunkten, die Abschaffung der Abschiebungshäft und einen erleichterten Zugang zur Härtefallkommission.

Aissatou Cherif Baldé  
Erste Vorstandsvorsitzende  
Guinée-Solidaire-Organisation e. V. in Hamburg.  
Kontakt: 015901604413  
Email: bcheriff@hotmail.com

<https://www.openpetition.de/petition/online/stop-der-abschiebungen-nach-guinea-conakry>

LINKS:

<https://www.aljazeera.com/news/2020/10/1/amnesty-denounces-guineas-lethal-protest-crackdown>.

<https://ledjely.com/2020/10/13/presidentielle-2020-kankan-sombre-dans-la-violence>.

<https://www.hrw.org/fr/news/2020/09/25/documenter-des-violences-en-guinee-lors-de-la-pandemie>.

<https://www.africaguinee.com/articles/2020/10/14/kankan-des-victimes-des-violences-electorales-rentrent-au-foutah>.

<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/ebola-ausbruch-koennte-sich-ausweiten/>

<https://m.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/ebola-und-corona-in-guinea-an-der-front-gegen-zwei-viren-17207669.html>

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/ebola-guinea-epidemie-100.html>